

SPD-Kritik an de Maizières Standortpolitik

Verteidigungspolitischer Sprecher hält Ellwangen für wichtig

Von Sabine Lennartz

BERLIN - Während im Südwesten viele Standorte um ihre Existenz zittern, wird in Stuttgart und Berlin die Kritik am Vorgehen des Verteidigungsministers lauter. Die 40 Bundeswehrstandorte und Kommunen sind enttäuscht vom Verteidigungsministerium.

Über eine mangelnde Einbeziehung von Land und Kommunen klagt auch Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. „Ich habe den Eindruck, dass der Minister unter Einbeziehen immer nur versteht, dass er etwas verkündet“, sagt Rainer Arnold der Schwäbischen Zeitung. „Minister de Maizière hat weder die Länder mit wirklichen Überlegungen konfrontiert noch die Kommunen. Ich habe im Augenblick allergrößte Sorge, dass, so wie er und sein Staatssekretär auch in anderen Bereichen radikal mit dem Rasenmäher bestimmte Dinge zerschlagen, auch bei

den Standorten vorgehen wird. Dass seine Zusage, Ausdünnung kommt vor Schließung, nicht mehr stimmt.“

Arnold meinte weiter, er habe die große Sorge, dass Baden-Württemberg besonders betroffen sein könnte und sei etwas überrascht, dass das Gewicht der baden-württembergischen CDU-Kollegen nicht richtig zum Tragen komme. „Die müssen was tun“, sagt Arnold. „Die dürfen nicht nur staunend beleidigt sein, sondern müssen sagen, eins, zwei, drei vier, das und das ist für uns unverzichtbar.“ Auch die Opposition sei nicht einbezogen worden, wenn man unter Einbeziehung verstehe, dass auch das ein oder andere Argument ernst genommen werde.

Vom großen Zittern um den Standort Ellwangen weiß auch Arnold. „Ich würde eine Schließung von Ellwangen für grottenfalsch halten“, sagt Arnold. „Ich war immer der Meinung, dass ein Standort wie Ellwangen, der einen besonderen Gebäudesbestand hat, der mit der

Sprachenausbildung ein Amt im Haus hat, das für die Zukunft der Republik wichtig ist, eher nicht gefährdet ist. Ich höre jetzt aber auch, dass die Sorge haben. Das wäre von der regionalen Ausgewogenheit äußerst problematisch. Wir würden einen weiten Bereich in Baden-Württemberg bundeswehrfrei machen. Die These vom „In der Fläche präsent bleiben“ würde dann nicht mehr zutreffen.“

Natürlich, so Arnold weiter, werde es entlang der Donauschiene einige treffen. Aber insgesamt müsse die Donau Gewicht behalten.

Zu kurz kommt Arnold auch die Diskussion um konkrete Vorschläge von Kommunen, auf Standorte zu verzichten. Es gebe Vorschläge, Stuttgart dicht zu machen, Ulms OB Ivo Gönner habe selbst zwei Kasernen angeboten, Immendingen könne wegen Daimler verzichten, aber: „Man redet an Wände hin. Ich habe das Gefühl, selbst führende Militärs haben diesen Eindruck.“